

## Beilage 2058

### Interpellation

Betreff:

Wohnraumerfassung

Ist die Staatsregierung bereit, getreu ihrer Regierungserklärung vom 9. Januar 1951 die Wohnungsbehörden erneut anzuweisen

1. zum Ausgleich schroffer Gegensätze in der Benutzung von Wohnraum die überschüssigen Räume unterbelegter Wohnungen bis an die Grenze des gesetzlich Zulässigen zu erfassen und
2. die Wohnungsuchenden gegenüber unberechtigten Widerständen letzten Endes durch Verwaltungszwang einzuweisen?

München, den 18. Dezember 1951

**Dr. Keller**  
und Fraktion (BHE)

## Beilage 2059

### Dringlichkeitsantrag

Betreff:

Bereitstellung von Mitteln für die Winterbekleidung der bayerischen Grenzpolizei

Die Staatsregierung wird beauftragt, durch sofortige Bereitstellung von Mitteln die Versorgung der bayerischen Grenzpolizei mit Winterbekleidung noch vor Eintreten der starken Kälte sicherzustellen.

München, den 17. Dezember 1951

**von Knoeringen,**  
Op den Orth, von Rudolph  
und Fraktion (SPD)

## Beilage 2060

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 18. Dezember 1951

An den  
**Herrn Präsidenten**  
**des Bayerischen Landtags**  
München

Betreff:

Antrag auf vorgriffsweise Bewilligung von Haushaltsmitteln des ao. Haushalts 1951 zum Ausbau von Gebäuden für die bayerische Bereitschaftspolizei

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 18. Dezember 1951 übermittle ich in der Anlage den obenbezeichneten Antrag der Staatsregierung mit der Bitte, die Zustimmung des Landtags herbeizuführen.

(gez.) **Dr. Ehard,**  
Bayerischer Ministerpräsident

## Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, im Vorgriff auf den ao. Haushalt 1951 für den Wiederaufbau und Umbau der ehemaligen Polizeikaserne in München, Rosenheimer Straße Nr. 130, für Zwecke der bayerischen Bereitschaftspolizei über den Betrag von 1 500 000 DM zu verfügen.

### Begründung

Im ao. Haushalt 1951 ist im Sonderausweis über Hochbauten — Anlage B, Staatsministerium des Innern — B. Bayer. Bereitschaftspolizei, unter Ziffer 28 folgender Ansatz enthalten: „Ehemalige Polizeikaserne in München, Rosenheimer Straße 130, Wiederaufbau und Umbau für Zwecke der bayer. Bereitschaftspolizei. Für das bisher in dem Gebäude untergebrachte Statistische Landesamt muß vor Vollausbau für Polizeizwecke eine neue Unterkunft beschafft werden.“

Gesamtbaukosten

a) insgesamt 5 500 000 DM

b) bis 31. März 1951 angefallen 932 000 DM  
Voranschlag für 1951: 1 500 000 DM.“

Der Landtag hat mit Beschluß vom 20. Juni 1951 auf diese Summe einen Vorgriff von 1 000 000 DM bewilligt.

Von diesem Betrag sind bis zum 31. Dezember 1951 632 660 DM verausgabt, so daß für das 4. Rechnungsvierteljahr 1951 noch 367 340 DM zur Verfügung stehen.

Es ist aber notwendig, daß auch die restlichen 500 000 DM noch im 4. Rechnungsvierteljahr 1951 verbaut werden können, damit die bayer. Bereitschaftspolizei so bald als möglich den Bau beziehen kann.

## Beilage 2061

### Bericht

des

Ausschusses für den Staatshaushalt

zum

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Meixner, Elsen und Fraktion betreffend sofortige Auszahlung der staatlichen Zuschüsse an nichtstaatliche höhere und mittlere Schulen (Beilage 2010)

Berichterstatter: Eberhard

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsministerien für Unterricht und Kultus und der Finanzen werden ermächtigt und ersucht, über die im Haushalt 1951, Einzelplan V, bei Kap. 450 Tit. 218 vorgesehenen Zuschüsse für sonstige nichtstaatliche höhere und mittlere Schulen in Höhe von 11 250 000 DM zu verfügen. Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, auch über die letzten 15 v.H. zu verfügen, möge erteilt werden.

München, den 19. Dezember 1951

**Der Vorsitzende:**  
**Dr. Lacherbauer**